



# Bundestags- brief

Nr.32 • Die Woche im Bundestag • 20.02.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG  
**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

· Platz der Republik 1 ·  
11011 Berlin

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Familien entlasten, nicht staatlich gängeln:

CDU und CSU sind die Parteien mit der größten Kompetenz im Bereich Familie. Das zeigen uns auch die Zahlen des Instituts für Demoskopie in Allensbach. Familienpolitik heißt für uns: Optimale Bedingungen für Familien schaffen, ihr Leben selbst zu gestalten. Das betrifft insbesondere die Erziehung der Kinder. Denn Kindererziehung ist laut Artikel 6 des Grundgesetzes „natürliches Recht“ der Eltern und „ihnen zuvörderst obliegende Pflicht.“ Dabei muss der Staat die Eltern unterstützen. Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass das Existenzminimum auch für Kinder steuerfrei bleiben muss. Wenn der Existenzminimumsbericht des Bundesfinanzministers im Herbst dieses Jahres zu dem Ergebnis kommt, dass die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu einem erhöhten Existenzminimum geführt haben, sind wir verpflichtet, den Kinderfreibetrag anzuheben. Die Ankündigung einer SPD-Kommission, den Kinderfreibetrag zu senken, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Selbstverständlich wollen wir auch Eltern mit kleineren und mittleren Einkommen, die vom Kinderfreibetrag nicht in vollem Umfang profitieren, durch die Anhebung des Kindergeldes entlasten. Vorschläge, die Kindergelderhöhung auszusetzen und das Geld stattdessen für Schulspeisungen und Schultüten einzusetzen, zeugen vom kollektiven Misstrauen gegenüber den Eltern. Gerade für Eltern mit niedrigem Einkommen bedeutet die Kindergelderhöhung eine spürbare Entlastung angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt die Wahlfreiheit in der Familienpolitik und steht fest zur Erhöhung des Kindergeldes und zur Einführung des Betreuungsgeldes.

### Integration fördern und fordern:

Die Integration der bei uns lebenden Migranten ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb hat die unionsgeführte Bundesregierung dem Thema endlich den notwendigen Stellenwert eingeräumt. Mit Maria Böhmer ist erstmals eine Staatsministerin im Bundeskanzleramt

Beauftragte für Integration. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat mit dem Integrationsgipfel den Dialog zwischen Migrantenorganisationen und der Bundesregierung angeregt. Mit dem Nationalen Integrationsplan haben wir uns erstmals zusammen mit den Ländern und Kommunen auf verbindliche Integrationsziele geeinigt. Der Schlüssel zur Integration ist die gute Kenntnis der deutschen Sprache. Deshalb gehen die Forderungen des türkischen Regierungschefs Erdogan nach türkischen Schulen und Universitäten in Deutschland in die falsche Richtung. Die Vermittlung der Muttersprache ist Aufgabe des Elternhauses. Etwaige Versäumnisse der Eltern können nicht erst in der Schule nachgeholt werden, weil dies zu Lasten der Deutschkenntnisse geht. Das zeigen auch die negativen Ergebnisse bisheriger Versuche mit dem muttersprachlichen Unterricht: Statt die Kompetenz in beiden Sprachen zu stärken, waren unterdurchschnittliche Deutschkenntnisse die Folge. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist klar: Integration ist keine Einbahnstraße. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst, die Integrationsbedingungen zu verbessern. Wir erwarten aber auch, dass die Migranten die verbesserten Möglichkeiten entschlossen nutzen und sich in unsere Gesellschaft integrieren.

### Deutsches Engagement für ein freies und stabiles Afghanistan.

Wir unterstützen die Bereitschaft der Bundesregierung, ab Sommer die taktische Reserve der ISAF für die Nordregion Afghanistans zu stellen – die so genannte Quick Reaction Force (QRF). Der QRF-Einsatz, dessen Details derzeit geplant werden, erfolgt im Rahmen des gegenwärtigen Bundestagsmandats. Das mögliche Aufgabenspektrum dieser voraussichtlich rund 200 Soldaten starken Truppe reicht von Patrouillen bis hin zum Einsatz als „militärische Feuerwehr“ in

Notsituationen. Dies ist auch zum Schutze unserer eigenen Soldaten eine wichtige Aufgabe. Falsch ist es, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, dies sei ein Einsatz von neuer Qualität. Bereits jetzt gehört das Kämpfen zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Der Einsatz der QRF erfolgt im Rahmen des bis zum 13. Oktober 2008 gültigen ISAF-Mandats. Deutschland ist als drittstärkster Truppensteller mit bis zu 3.500 Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan engagiert, hat die Verantwortung für das Regionale Kommando im Norden übernommen und stellt zwei Wiederaufbauteams in Kunduz und Feyzabad. Mit der Aufklärung durch Tornados im gesamten Land erbringt die Bundeswehr eine wichtige Leistung für die Allianz. Darüber hinaus wird Deutschland seine Unterstützung beim Wiederaufbau Afghanistans in die Provinzen ausdehnen und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte verstärken. Der Lufttransport ist bereits ausgebaut worden. Die Bundeswehr unterstützt die Verbündeten mit acht Transall-Maschinen im gesamten Landesgebiet. Durch das Bundestagsmandat ist die Bundeswehr in der Lage, zur Erfüllung des ISAF-Auftrages zeitlich befristete Unterstützung für NATO-Partner auch im Süden zu leisten. Dies ist wichtig angesichts der derzeitigen Diskussion über die Lastenverteilung im Bündnis. Seit Beginn der ISAF-Mission hat sich die Situation in Afghanistan deutlich verändert. 28 Millionen Menschen sind von der Herrschaft der Taliban befreit worden, das Einkommen hat sich verdreifacht und in mehr als 9.000 Schulen wird wieder unterrichtet. Knapp 80 Prozent aller Afghanen seien laut einer Studie der Freien Universität Berlin der Meinung, die Sicherheitslage habe sich verbessert. Allerdings werden wir mit einer Verschärfung der Bedrohungslage auch im Norden rechnen müssen.

#### **Stammzelledebatte verantwortungsvoll führen:**

In dieser Woche haben wir in erster Lesung über mehrere Anträge zur Forschung an menschlichen embryonalen Stammzellen beraten. Wir müssen dabei eine schwierige Entscheidung treffen, die wichtige Bereiche wie die Frage nach Forschungsfreiheit sowie Beginn und Würde des menschlichen Lebens gleichermaßen berührt. Bei einer solchen Entscheidung verbietet es sich, eine einheitliche Fraktionslinie vorzugeben. CDU und CSU haben über diese Frage in den vergangenen Monaten mit großer Ernsthaftigkeit und auf hohem Niveau diskutiert. Das

zeigt, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden. In diesem Sinne werden wir auch das parlamentarische Verfahren begleiten. Zur Debatte stehen vier Gesetzentwürfe zur Änderung des Stammzellgesetzes sowie ein Antrag, der sich dafür ausspricht, an dem geltenden Stichtag 1.1.2002 festzuhalten und die adulte Stammzellforschung stärker zu fördern. Ein Änderungsentwurf sieht entsprechend den Empfehlungen der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Streichung des Stichtags und Aufhebung der Strafbarkeit vor. Ein weiterer Änderungsentwurf sieht vor, dass das Stammzellgesetz so geändert wird, dass Ausnahmen von dem grundsätzlichen Import- und Verwendungsverbot nicht mehr möglich sind. Ein anderer Gesetzentwurf sieht vor, dass der Stichtag einmalig auf den 1. Mai 2007 verschoben wird und bei der Strafbewehrung eine eindeutige Beschränkung auf Taten im Inland erfolgt. Mit einem weiteren Gesetzentwurf wird ausschließlich eine Klarstellung dahingehend angestrebt, dass sich die Strafbewehrung auf Inlandstaten bezieht.

#### **Deutschland bleibt Exportweltmeister.**

Der deutsche Außenhandel ist auch im vergangenen Jahr kräftig gewachsen. Im Jahr 2007 wurden Waren im Wert von 969,1 Milliarden Euro aus- und Waren im Wert von 770,4 Milliarden Euro eingeführt. Damit waren die Ausfuhren um 8,5 Prozent höher als im Vorjahr, die Einfuhren stiegen um 5,0 Prozent. Insgesamt lag der Leistungsbilanzüberschuss bei 162 Milliarden Euro gegenüber 114,1 Milliarden Euro im Vorjahr. Hauptzielländer deutscher Exporte waren mit 627,6 Milliarden Euro die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

#### **Zu guter Letzt:**

##### **Mein Tipp der Woche**

Auf der Berlinale wurde der Film „**Trip to Asia. Die Suche nach dem Einklang**“ einem begeisterten Publikum präsentiert. Regisseur Thomas Grube hat 126 Musiker der Berliner Philharmonie und Chefdirigent Sir Simon Rattle auf ihrer schweiß- und notentreibenden Asien-Tournee begleitet. Der Film erzählt vom spannungsgeladenen Innenleben der verschiedenen Musikerpersönlichkeiten, der Sehnsucht, über sich hinauszuwachsen und der Begegnung mit abendländischer Tradition und fernöstlicher Philosophie. Einer der besten Musikfilme der letzten Jahre - nicht nur für glühende Fans der Berliner Philharmonie! Kinostart ist am 28. Februar!